Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 70 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Beiblätter: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modenspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Bildblatt „U.T.", jeden Sonnabend „Haus und Garten". Man abonniert bei allen Postanstalt. des Deutschen Reichs, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 25.— M. einschl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 25.— M. bei täglich zweimal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein Anspr. auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernverk. 14097—14099.) Tel.-Adr.: „Berlinbla", Berlin. Insertionspreis: Zeile 20.— M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 16.— M. Nachrufe nach Abl. Kortl.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 38; Zimmerstraße 50; Königstraße 56/57; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 340; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 14; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 38; Alexdrs. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hektorstr. 1; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/3; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Reinickendorf-West: Reinickendorf. Str. 1; Schönstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schönstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Wilmersdorf: Uhlandstr. 58; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Mark.-Guther-Str. 8; Stegelitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 58; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. H. 3.: Hauptstr. 4; Köpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 53; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeipl. 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 29 (Ausgabe für Berlin) und Handels-Zeitung Mittwoch, 18. Januar 1922 51. Jahrgang

Frankreich und die Konferenz von Genua.

Annahme der Bedingungen von Cannes durch die Sowjetregierung?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 17. Januar.

Die Konferenz von Genua macht den französischen Zeitungen viel Kopfschmerzen. Die meisten Blätter haben sich **mit der Tatsache abgefunden, daß diese Konferenz stattfinden muß** und untersuchen nur die Frage, ob Poincaré selbst bei dieser Gelegenheit Frankreich vertreten solle und wie er, der „große und getreue Freund des Zaren", sich mit der Gesellschaft der Sowjetdelegierten abfinden werde. Der „Temps" glaubt zu wissen, daß der Vertreter der Sowjetregierung in London der englischen Regierung mitgeteilt habe, die russische Regierung nehme die Bedingungen der Resolution von Cannes an. Wenn diese Erklärung aufrichtig gemeint ist, woran der „Temps" einige Zweifel zu haben scheint, dann bleibe nichts anderes übrig, als die Sowjetregierung offiziell anzuerkennen. In diesem Falle würde Rußland gleich jeder anderen Regierung an die Bestimmungen der Resolution gebunden sein. Es würde dann wenigstens der Anfang einer Garantie für den Erfolg der Beratungen bestehen. Wenn aber die Sowjetregierung entgegen der Meldung aus London die Erklärung abgebe, daß sie grundsätzlich nicht mit den Vertretern bürgerlicher Regierungen beraten könne, sondern nur Vertreter nach Genua senden wolle, damit die Stimme Rußlands gehört werde, dann könne Rußland nicht zugelassen werden, auf gleichem Fuß mit den anderen Mächten behandelt zu werden. Wenn die Resolution von Cannes nicht vollständig angenommen und respektiert werde, laufe die Konferenz Gefahr, kein Ergebnis zu haben, oder Täuschungen vorzubereiten. Andere Blätter teilen in dem gleichen Zusammenhang mit, daß die Einladung an Rußland in anderer Form abgefaßt sein soll, als die Einladungen an die anderen Regierungen. Für das „Journal des Débats" ist aber die Frage der Konferenz noch lange nicht entschieden. In diesem Blatte behauptet Auguste Gauvain, daß die öffentliche Meinung und das Parlament Frankreichs den Beschluß vom 6. Januar keineswegs als endgültig betrachte. Die Konferenz dürfe nur dann stattfinden, wenn ihr Programm nach Form und Inhalt vollkommen abgeändert werde.

Lord Curzon, der nach den Mitteilungen der Morgenzeitungen noch einige Tage in Paris bleiben sollte, ist bereits heute nachmittag wieder nach London abgereist. Bei der Abreise waren der Zeremonienmeister im Elysee de Fouquière und der britische Botschafter Lord Hardinge zugegen. Poincaré hatte sich am Bahnhof nicht vertreten lassen.

London, 17. Januar. (W. T. B.)

Wie gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten alle Nationen in Europa, etwa 25 an der Zahl, zur Teilnahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 8. März in Genua beginnt, eingeladen. Lloyd George wird an der Konferenz teilnehmen, und man erwartet, daß er etwa zwei Wochen von England abwesend sein wird. Seine Ratgeber in Wirtschaftsfragen werden sein: Sir Robert Horne, Sir Cecil Blackett und eine Anzahl von Vertretern des britischen Schatzamtes. Angenommen, daß die Delegationen und die Sekretariate jeder Nation durchschnittlich 40 Personen umfassen, werden an der Konferenz von Genua etwa 1000 Personen beteiligt sein. Die Konferenz wird daher wahrscheinlich die größte bisher abgehaltene Zusammenkunft dieser Art sein. Wie verlautet, haben **bereits die meisten der eingeladenen Länder ihre Annahme mitgeteilt.** Es steht noch dahin, ob die britischen Dominions auf der Konferenz vertreten sein werden.

Das russische Beratungsprogramm für Genua.

Kopenhagen, 17. Januar. (W. T. B.)

Wie der „Berlingske Tidende" aus Helsingfors telegraphiert wird, wünscht die Sowjetregierung bei der Wirtschaftskonferenz in Genua folgende Fragen zur Beratung zu bringen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, **Schadenersatz für Verluste infolge der Intervention fremder Mächte,** Zurückgabe der russischen Handelsschiffe, die von Denikin, Judenitsch und Wrangel weggenommen wurden, Regelung der ostsibirischen Frage, wirtschaftlicher Wiederaufbau Rußlands, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande, Regelung des Konsulatswesens und Erörterung der Valutafrage und der Nationalitätenfragen. Die Räteregierung hat eine besondere Kommission unter der Leitung Tschitscherins ernannt, die diese Fragen im einzelnen ausarbeiten soll. Als Vertreter der Räteregierung auf der Konferenz in Genua sind Tschitscherin und Lunatscharski ausersehen.

Die Mahnung des Reichskanzlers.

Die Schlußsitzung des Zentrumsparteitages. — Die Politik der Geduld. — Die Auseinandersetzungen des Zentrums mit der Sozialdemokratie über die Steuer- und Schulfragen. — Wenn kein Steuerkompromiß zustande kommt, stellt der Kanzler die Kabinettsfrage.

Von

Erich Dombrowski.

Vom Sonntag bis zum Dienstag fand im Reichstag der Parteitag des Zentrums statt. Es war eine glänzende Versammlung aus allen Kreisen der katholischen Bevölkerung, die sich im Plenarsaale eingefunden hatte, um rückschauend über die Politik der Fraktion und der Regierungsvertreter zu Gericht zu sitzen. Als Gäste waren Vertreter aus Deutsch-Oesterreich erschienen. Dagegen fehlten die „Heimkrieger" aus Bayern. Seit die Bayerische Volkspartei sich vom Zentrum abgesplittert hat, führt sie, unter der Fuchtel Dr. Heims, ein Dasein wie in einem Eigenheim. Wie stets vor Parteitagen war auch diesmal vorher davon die Rede, daß es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen würde. Diese Voraussage hat sich als trügerisch erwiesen. Wohl ist auch in verschiedenen Zentrumskreisen Kritik laut geworden. Selbst der Reichskanzler hat sich hin und wieder auf die Tour machen müssen, um hie und da beruhigend auf die Gemüter zu wirken. Während der Verhandlungen in den letzten drei Tagen hat sich die Kritik jedenfalls nur sehr verschämt hervorgewagt. In manchen landwirtschaftlichen Bezirken war man nicht mit der Ernährungspolitik des Zentrumsministers Dr. Hermes einverstanden, da er sich nicht habe entschließen können, die Zwangswirtschaft für Getreide völlig aufzuheben. Auch unter den Großindustriellen, den Klöckner, Thyssen und Genossen, gärte es ein wenig. Ihnen paßte die neuerliche steuerliche Belastung des Besitzes nicht. Aber als dann die Minister Brauns und Hermes das Wort genommen hatten, als in der Aussprache, neben vielen anderen Rednern, sich auch der frühere Reichskanzler Fehrenbach hinter die Regierung Dr. Wirths gestellt hatte, konnte es nicht mehr zweifelhaft sein, daß der Fraktion und den Zentrumsvertretern im Kabinett Wirth das Vertrauen ausgesprochen werden würde. Und dennoch mußte es überraschen, daß dieses Votum einstimmig angenommen wurde. Das war auf die kunstvolle Stilisierung der Entschließung zurückzuführen, die selbst den großindustriellen Rebellen mit gedämpftem Trommelklang in der Steuerfrage mit einigen, zu nichts verpflichtenden Worten entgegenkam.

Den Höhepunkt des Parteitages bildete gestern nachmittag eine große Rede Dr. Wirths. Der Kanzler hatte den Diskussionen nicht lauschend folgen können, da er immer wieder von dringende Staatsgeschäften abberufen wurde. Nun, wo sich die Verhandlungen dem Ende näherten, ergriff er das Wort zu einer längeren Aussprache. Es hat wahrscheinlich nicht in seiner Absicht gelegen, in diesem Augenblick eine programmatische Rede zu halten, da ihm dazu heute und morgen im Auswärtigen Ausschuß und im Reichstagsplenum Gelegenheit gegeben sein wird. Ohne jede Vorbereitung, ohne ein Manuskript in der Hand, eilte er auf die Rednertribüne und versetzte zunächst durch ein paar launige Worte die Versammlung in eine vergnügte Stimmung. Dann aber, als der Kontakt mit den Zuhörern so rasch hergestellt war, ließ er sich von seinem sprudelnden Temperament zu immer weiteren, zum Teil hochbedeutsamen Ausführungen bewegen. Der Kanzler, der im besten Sinne des Wortes ein Volksredner ist, ohne Demagoge zu sein, ging nun Stufe für Stufe die ganze gegenwärtige politische Situation durch. Bald hatte er den Parteitag völlig in seinen Bann gezogen. Er fand immer von neuem glückliche Formulierungen, um gewisse Stadien der Politik und gewisse Notwendigkeiten der Stunde durch ein paar Worte treffend zu charakterisieren. Man applaudierte einmal. Noch einmal. Schließlich wurde es ein Beifallssturm. Warum, fragte er, haben wir eine Erfüllungs- und keine Katastrophenpolitik getrieben? Weil der Weg der Verzweiflung und der Katastrophe nicht Ziel und Sinn der Politik, sondern ihr Ende bedeutet. Weil wir den Gegnern den sachlichen Beweis für die Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen bringen mußten. Weil Geduld und immer wieder nur Geduld uns über die Wirren der Zeit hinwegführen kann. Weil, auch wenn sich einem das Herz noch sehr zusammenkrampft, nur die Vernunft unser politisches Handeln bestimmen darf. Er hätte sich in diesem Zusammenhang auch auf Bismarck berufen können, der seiner Zeit dem König von Preußen riet, die Schmach von Olmütz auf sich zu nehmen, da ein anderer Weg auch damals zur Katastrophe geführt hätte. Das ist letzten Endes das Wesen aller Politik, das Kommende vorauszusehen und das kleinere Uebel der Gegenwart dem größeren Uebel der Zukunft vorzuziehen.

Welche Folgerungen haben wir aus der gegenwärtigen außenpolitischen Situation für unsere innere Politik zu ziehen? Wir haben die Finanzen des Reiches so rasch wie möglich in Ordnung zu bringen, erwidert er. Die Sachlage sieht er keineswegs optimistisch an. „Ist es uns nicht möglich, mit der Mehrheitssozialdemokratie zu einem Kompromiß zu kommen, so ist innerpolitisch unsere Politik

In Erwartung der Programmerklärung Poincarés.

Die Stellung der Parteien. — Die Aussichten des Kabinetts.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 17. Januar.

Es ist interessant, noch vor der Programmerklärung des Ministeriums Poincaré festzuhalten, wie die Pariser Presse sich zu dem neuen Kabinett stellt. Für das Ministerium Poincaré sind die großen Nachrichtenblätter: der „Matin", „Journal", „Intransigeant", mit etwas mehr Reserve auch der „Petit Parisien" und „Petit Journal"; ferner die Zeitungen der Rechtsparteien: „Figaro", „Gaulois", „Echo de Paris", „Liberté", „Action Française", „Eclair", die Blätter der Entente démocratique, der „Temps", das „Journal des Débats", die „République Française" und „Victoire". Gegen Poincaré sind zunächst die Organe der Kommunisten und der Sozialisten: „Humanité", „Populaire" und „Peuple"; ferner die meisten Zeitungen der sozialistisch-radikalen Partei: „Oeuvre", „Lanterne", „Bon Soir", „Rappel", während die „Ere Nouvelle" einen etwas freundlicheren Standpunkt einnimmt; oppositionell ist endlich auch die Zeitung der kleinen Clemenceistischen Gruppe, das neugegründete „Echo National". Eine eigentümliche Stellung nimmt die Zeitung „Homme Libre" ein, die für Poincaré ist, obwohl ihr Chefredakteur Eugen Lautier gewiß nicht zu den Reaktionären zu rechnen ist. Alle diese Blätter beschäftigen sich aber vorläufig nur mit der Person Poincaré, die den Begriff einer bestimmten Politik verkörpert; seine Freunde sagen „die Politik der Ordnung"; seine Gegner behaupten „die Politik der Reaktion und des Krieges". Beide Parteien sind gespannt darauf, ob Poincaré es riskieren werde, eine Politik zu machen, die der Briands entgegengesetzt ist. Die Mehrheit ist der Meinung, daß ihm nichts anderes übrig bleiben würde, als die Anschauungen zu verleugnen, die er in seinen polemischen Artikeln vertreten hat. Die sozialistischen Zeitungen beginnen den Kampf mit unerhörter Schärfe. Die Kommunisten rufen zu einer Massenversammlung auf, die am Freitag, dem Tage nach der Regierungserklärung, stattfinden soll. In Zeitungen und auf Plakaten wird die Losung gegeben: „Nieder mit Poincaré!" Für das Schicksal des Kabinetts kommt alles darauf an, wie sich die Sozialistisch-Radikalen verhalten. Wenn sie mit den Sozialisten zusammengehen, wird die Regierung sich schwerlich halten können. Aber die Sozialistisch-Radikalen sind vorläufig ein zweifelhafter Posten. Die Partei hat zwar den Eintritt in die Regierung abgelehnt, aber ihre Mitglieder Doumergue und Herriot haben gleichzeitig zu erkennen gegeben, daß Poincaré in Fragen der auswärtigen Politik auf sie rechnen kann. Wie lange dieses Versprechen Geltung behalten soll, wird von dem Erfolg abhängen, den die ersten Erklärungen und die ersten Taten der neuen Regierung haben werden. Wird Poincaré so reaktionär sein, wie er sich in seinen Schriften offenbart hat, dann dürfte seine Regierung nach der Meinung erfahrener Politiker nicht sehr lange dauern. Er selbst aber scheint darauf zu rechnen, bis zu den Wahlen im Amte zu bleiben, also beinahe zwei Jahre! Wenigstens soll er nach dem „Eclair" gesagt haben, daß er sich nach der Erfüllung seiner Aufgabe — Sicherung der Forderungen Frankreichs und Sicherung des Landes — zurückziehen, und die Beruhigung des Volkes seinem Nachfolger überlassen werde. Die „Ere Nouvelle" rät dessenungeachtet dem Präsidenten Millerand an, auf die Wünsche verschiedener Provinzvertretungen zu achten, die dringend bitten, das Land schon jetzt zu befragen. In der „Liberté" werden einige Andeutungen über die politischen Absichten Poincarés und den voraussichtlichen Inhalt der Regierungserklärung gemacht. Die Zeitung schreibt: „Die Regierung Poincaré bedeutet nicht, wie unsere Feinde und die Gegner der Regierung es glauben machen wollen, eine Aenderung der Politik, sie bedeutet lediglich eine Aenderung der Methode. Auch Briand wollte aus dem Vertrag von Versailles jeden möglichen Vorteil ziehen, die Wiedergutmachung erreichen und die Grenzen des Landes sichern. Aber er wählte die Mittel nicht gut, um dieses Programm durchzuführen und ließ sich allmählich von den Verbündeten ins Schlepptau nehmen. Jetzt handelt es sich darum, unserer Politik nicht etwa die entgegengesetzte Richtung zu geben, sondern ihr eine edlere Haltung aufzuprägen und sie von den überflüssigen Hindernissen zu befreien, mit der sie fremde Hände gestört haben. Poincaré wird sich wahrscheinlich selbst die Aufgabe stellen, die Leute zu beruhigen, die wirklich beunruhigt sind und die anderen zu entlarven, die so tun, als ob sie das schrecklichste Unglück fürchten. Die Regierungserklärung wird alle diese üblen Dünste zerstreuen."

Paris, 17. Januar. (W. T. B.)

Heute vormittag hat der erste Ministerrat des Kabinetts Poincaré unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand stattgefunden. Ministerpräsident Poincaré setzte den Stand der auswärtigen Angelegenheiten auseinander und berichtete über seine Unterredungen mit Lloyd George und Lord Curzon. Der Finanzminister de Lasteyrie teilte in seiner Darstellung der Finanzlage mit, daß er demnächst den Budgetentwurf für das Jahr 1923 einzubringen gedenke. Der nächste Ministerrat wird am Donnerstag stattfinden und die ministerielle Erklärung für die Kammer feststellen.